



E-Mail an deine:deinen Bundestagsabgeordnete:n

Hinweis zur Benutzung

Du kannst gerne unseren Entwurf einer E-Mail an die Bundestagsabgeordneten auf den folgenden Seiten zwei und drei in dein E-Mailprogramm kopieren und den unten aufgeführten Betreff (diesen am besten etwas abgeändert) einfügen. Füge dann den Namen deiner:deines Bundestagsabgeordneten sowie deinen eigenen Namen, deinen Wohnort und deinen Wahlkreis ein (**siehe rote Markierungen Seite zwei und drei**).

Unterschreibe die E-Mail unbedingt mit deinem vollständigen Namen. Dies gibt der E-Mail mehr Gewicht als eine anonyme Nachricht.

Anregungen für eine persönliche E-Mail

Für einen größeren Effekt ist es vorteilhaft, wenn du unseren Emailentwurf etwas personalisierst und den Betreff variierst. Du kannst auch eine eigene persönliche E-Mail formulieren. Hier findest du einige Anregungen:

- Du kannst gerne im ersten Abschnitt etwas über dich erzählen. Das ist vor allem dann wichtig, wenn du zur Partei des:der Bundestagsabgeordneten oder einer klassischen Wähler:innengruppe der Partei gehörst.
- Du kannst gerne dazuschreiben, wenn du aus dem entsprechenden Wahlkreis des:der Abgeordneten bist.
- Du kannst auch gerne anfügen, wenn du dich im Wahlkreis, z.B. im Sportverein, der Kirche, Schule, Altenhilfe, oder in anderen Vereinen oder Initiativen engagierst.
- Du kannst auch weitere Gründe aufzählen, warum du für ein AfD-Verbot bist. Auch dein persönlicher Bezug kann hilfreich sein. Noch mehr Argumente findest du hier: <https://afd-verbot.jetzt/de#arguments>.
- Du kannst auf Positionen des:der Abgeordneten Bezug nehmen und erläutern, weshalb ein Eintreten für ein AfD-Verbot für die Person konsequent wäre.



BITTE ALS ANREDE DEN NAMEN DES:DER ABGEORDNETEN SOWIE DEN EIGENEN NAMEN, WOHNORT UND WAHLKREIS AM ENDE EINFÜGEN UND DIESEN GROSSGESCHRIEBEN SATZ DANN LÖSCHEN. DANKE!

Betreff: Setzen Sie sich jetzt für ein AfD-Verbotsverfahren ein!

Sehr geehrte:r [Name],

ich schreibe Ihnen als **Vertreter:in** meines Wahlkreises, um Sie zu bitten, sich für eine Überprüfung der AfD auf Verfassungsmäßigkeit (sog. Parteiverbotsverfahren) einzusetzen.

Die AfD vergiftet das gesellschaftliche Klima in unserem Land: Straftaten gegen migrantisch gelesene, queere und politisch aktive Menschen nehmen zu. Auch Politiker:innen erleben immer mehr Hass und Gewalt. Immer häufiger erzählen Menschen, sie hätten sich einen Reisepass besorgt – „für alle Fälle“.

Am 2. Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft, die mit ihrem "ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis" nicht "mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar" sei. Viele Abgeordnete haben diese Hochstufung durch den Verfassungsschutz als entscheidenden Meilenstein für die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die AfD benannt. Daher fordere ich Sie auf: Machen Sie sich jetzt dafür stark, dass der Bundestag seiner Verantwortung nachkommt, Demokratie und Menschenwürde zu schützen und ein Verbotsverfahren gegen die AfD einleitet!

Spätestens jetzt muss klar sein: Die AfD ist keine „normale“ Partei und darf entsprechend nicht so behandelt werden. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, dass ihr keine Ausschussvorsitze oder sonstigen verantwortungsvollen Positionen übertragen werden. Bereits 2024 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die AfD keinerlei Anrecht auf solche Posten hat, nur weil sie in den Bundestag gewählt wurde.

Ein Verbotsverfahren gegen eine Partei steht nicht im Widerspruch zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Selbstverständlich müssen Politik und Bevölkerung den menschenfeindlichen Positionen der AfD auch weiterhin entschlossen entgegentreten. Mit Blick auf die bisherige Entwicklung ist allerdings klar, dass wir uns auf den inhaltlichen Diskurs allein nicht verlassen dürfen. Keinesfalls wird die AfD zurückdrängt, indem ihre menschenverachtenden Positionen übernommen werden.

Die Lage ist ernst: Wir müssen jetzt alle Mittel der wehrhaften Demokratie nutzen, um

die Menschenwürde zu verteidigen! Zahlreiche renommierte Verfassungsrechtler:innen und über 600 Jurist:innen attestieren einem Verbotsverfahren gegen die AfD gute Erfolgsaussichten. Deshalb fordere ich Sie auf, nicht länger zu zögern. Werden Sie sich im Bundestag für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD einsetzen?

Ich freue mich auf Ihre Antwort und bitte Sie die Kampagne www.afd-verbot.jetzt (e-mail: abgeordnete@afdverbot.jetzt) dabei in CC zu setzen, damit sie auch auf der Webseite der Kampagne zugänglich gemacht werden kann.

Ich danke Ihnen vielmals und hoffe auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

XY aus ABC (Wahlkreis DE)